

*Patrik von zur Mühlen***Entwicklungspolitische Paradigmenwechsel am Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Ende der 1950er- bis zu den 1990er-Jahren**

Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik begleiteten nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte der Dekolonisation und bilden auch heute ein wichtiges Feld der internationalen Beziehungen. Ihre Entstehung ist sowohl vor dem Hintergrund der Dekolonisation als auch des Ost-West-Konflikts zu sehen, die beide in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzten. Aber trotz des gemeinsamen weltpolitischen Rahmens waren und sind die entwicklungspolitischen Zielsetzungen und Methoden ebenso vielfältig wie die Länder, in denen sie praktiziert wurden, und die Initiatoren, die ihre Projekte anregten, vorbereiteten, durchführten und vor allem finanzierten. Auf historische Vorbilder konnte man dabei nicht zurückgreifen. Hier stellten sich Aufgaben, die als Folge politischer, wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen in den Entwicklungsländern, aber auch aufgrund von Misserfolgen und dadurch ausgelösten Lernprozessen, ständig neue Lösungen erforderten, so dass sich die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern schubweise veränderte und weitgehende Paradigmenwechsel nach sich zog.

Der Begriff Paradigmenwechsel stammt aus der Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte und kennzeichnet die Krise einer bislang weitgehend anerkannten Theorie mitsamt ihren wissenschaftlichen Praktiken und Traditionen aufgrund der Tatsache, dass sie neu auftauchende Probleme mit bisherigen Hilfsmitteln nicht zu lösen vermag. Dieser ursprünglich nur für den Geltungsbereich der Naturwissenschaften geprägte Begriff wurde frühzeitig von Sozial- und Geisteswissenschaften aufgegriffen und findet heute auch in stärker praxisorientierten Feldern wie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Anwendung.¹

Die Übertragung dieses Begriffs auf die Entwicklungspolitik rechtfertigt sich dadurch, dass auch sie in aller Regel von theoretischen Prämissen ausgeht und sich um einen Einklang von theoretischen Entwicklungskonzeptionen und der praktischen Anwendung ihrer Methoden bemüht. Sobald die Methoden die von der Theorie vorgegebenen Ziele nicht erreichen, stellt sich die Notwendigkeit, beide kritisch zu hinterfragen, was nach einer Phase der Neuorientierung zur Korrektur entweder der Theorie oder der Praxis oder beider führen kann.

Diese Studie untersucht im Besonderen die Entwicklung dieses Prozesses. Dabei steht die Frage im Hintergrund, ob und wie weit letztlich vom Kolonialismus geprägte Bilder von den Ländern der Dritten Welt oder zumindest eurozentrische oder westliche, aus den Erfahrungen der Industriegesellschaft abgeleitete Sichtweisen die Paradigmen der Entwicklungspolitik beeinflusst haben. Dazu wird zunächst nach den Anfängen und den Bedingungen der Entwicklungspolitik gefragt, bevor die Arbeit der Stiftung vornehmlich in den 1960er- und 1970er-Jahren vorgestellt wird. Die fast gleichzeitig zur Ausweitung der Arbeit aufkommende Kritik an der Entwicklungspolitik und die eigene Überprüfung der Arbeit lösten einen Umbruch Mitte der Siebzigerjahre aus. Diese Zeit markiert einen Wendepunkt in der internationalen Arbeit der Stiftung. Hier bahnte sich ein Paradigmenwechsel an, der – wie gezeigt wird – fast schleichend vonstatten ging und neue Prinzipien

¹ Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. von *Joachim Ritter* und *Karlfried Gründer*, Bd. 7, Darmstadt 1989, Sp. 79 f.

der Arbeit einführte, die auch durch den Umbruch 1989/90 nicht in Frage gestellt wurden.

I. DIE WESTDEUTSCHE ÖFFENTLICHKEIT UND DIE ANFÄNGE DER ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Friedrich-Ebert-Stiftung gehörte zu den frühen Pionieren der bundesdeutschen Entwicklungspolitik. Neben dem DGB und einigen Einzelgewerkschaften sowie einigen Wirtschaftsverbänden, Kirchen und anderen Organisationen und Institutionen begann sie bereits in den späten 1950er-Jahren mit Maßnahmen und Projekten für Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika, von denen manche damals noch den Status von Kolonialgebieten hatten oder gerade in die Unabhängigkeit entlassen worden waren. Dieses Arbeitsgebiet hatte zunächst nicht zu ihren primären Aufgaben gehört. Ursprünglich nach dem Tode des Reichspräsidenten Friedrich Ebert 1925 als eine Art Spendenfonds gegründet, lag ihre Zweckbestimmung primär in der politischen Bildung und der akademischen Förderung begabter junger Menschen aus sozial schwachen Familien durch Stipendien. Die dritte Bestimmung betraf internationale Kontakte und diente vor allem der Völkerverständigung zwischen Deutschen und Angehörigen der früheren Feindnationen aus dem Ersten Weltkrieg. Ein Engagement in Ländern, die damals noch weitgehend unter Kolonialherrschaft standen, war nicht vorgesehen.²

1933 wurde die deutsche Sozialdemokratie und mit ihr auch die ihr angeschlossene Stiftung verboten und erst nach dem Kriege wieder neugegründet. 1954 erhielt die Friedrich-Ebert-Stiftung den Status einer Rechtsperson, und zwar als eingetragener Verein. Diesbezüglich handelt es sich bei ihr nicht um eine echte Stiftung, die ihre Arbeit aus dem Zinsertrag eines vorgegebenen Stiftungsvermögens finanziert, sondern um eine sog. uneigentliche Stiftung, deren Haushalt im Wesentlichen auf Zuwendungen von dritter Seite oder auf Spenden beruht. An diesem Status hat sich bis heute nichts geändert, und auch die Arbeit der anderen politischen Stiftungen in Deutschland, die nach dem Vorbild der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet wurden, beruhte auf ähnlichen Grundlagen.³

Kamen die Mittel für entwicklungspolitische Projekte zunächst überwiegend vom Auswärtigen Amt, so erhielt die Stiftung nach der Bildung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) 1961/62 einen festen Ansprechpartner innerhalb der Bundesregierung; ihre Finanzierung wurde aus Haushaltstiteln des Bundeshaushalts getragen. Dies galt und gilt auch für die Auslandsarbeit der anderen politischen Stiftungen, und die Sachzwänge des internationalen Engagements führten dazu, dass auch die organisatorischen und institutionellen Strukturen ihrer Auslandsarbeit denen der Friedrich-Ebert-Stiftung ähneln.⁴

Für den weiteren Werdegang der Friedrich-Ebert-Stiftung war von Bedeutung, dass sie von der Sozialdemokratischen Partei gegründet worden war und – ungeachtet einer demonstrativ gezeigten Überparteilichkeit – ein sozialdemokratisches Profil behielt. Wichtig war daneben gerade in der Frühzeit ihr enges Verhältnis zu den Gewerkschaften und zum DGB, das sich aus personellen Querverbindungen, aus engen Kontakten der Vorstände und vielen gemeinsamen Aufgaben ergab. Dies gilt auch für die entwicklungspolitische Arbeit, deren Thematik in den Statuten der 1954 gegründeten Stiftung noch nicht auftauchte. Vielmehr war es so, dass der DGB der Stiftung Aufgaben im internationalen

2 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), 80 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung. Dokumentation der Jubiläumsveranstaltung am 8. März 2006 in Berlin, Berlin 2005.

3 Für die Arbeit der FES heute vgl. den Internetauftritt der Stiftung, URL: <<http://www.fes.de>> [22.4.2008] (FES international).

4 Vgl. Carsten Werner, Der Auslandsbereich der Parteistiftungen der Bundesrepublik Deutschland (FU Berlin, Forschungsgebiet Schwerpunkt Außenpolitik), Berlin 1982.

Bereich abtrat, die er selber nicht erfüllen konnte oder wollte, und dafür die Kosten übernahm. Besonders Kontakte zu den Gewerkschaften in der Dritten Welt gehörten zu diesem Maßnahmenkanon sowie Besuchsreisen, Ausbildungs-, Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Funktionäre ausländischer Gewerkschaften und Mitarbeiter gewerkschaftlicher Presseorgane und Unternehmungen.⁵

Die Notwendigkeit, sich von nationalstaatlich oder gar nationalistisch konzipierten Zielvorstellungen abzuwenden und sich an den Prinzipien einer internationalen – europäischen und weltweiten – Zusammenarbeit zu orientieren, war Gemeingut der nach 1945 sich wieder neu konstituierenden deutschen Gewerkschaften. Hier machte sich auch der Einfluss ehemaliger Emigranten bemerkbar, die nach ihrer Remigration nach Deutschland ihre im britischen, amerikanischen oder skandinavischen Exil gewonnenen politischen und persönlichen Erfahrungen in die Gewerkschaftsarbeit einbrachten.⁶ Als ein markantes Beispiel für viele sei hier Ludwig Rosenberg genannt, der 1946 aus Großbritannien zurückgekehrt war, 1949–1954 als Vorstandsmitglied des DGB für dessen internationale Kontakte fungierte und schließlich 1962 den Vorsitz des DGB übernahm.⁷

Den gleichen Hintergrund lieferte natürlich auch die Tatsache, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung der Sozialdemokratie nahe stand, unter deren maßgeblichen Vertretern sich gleichfalls zahlreiche Remigranten befanden, von denen einige wiederum – ebenso wie Ludwig Rosenberg – zeitweilig als Vorsitzende, Vorstands- oder Kuratoriumsmitglieder an verantwortlicher Stelle der Friedrich-Ebert-Stiftung wirkten.⁸ Wenn man diese internationale Orientierung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit der Zeit vor 1933 vergleicht, so kann man diese selbst als einen Paradigmenwechsel im Bereich internationaler politischer Aktivitäten bezeichnen.

In den ersten zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg erlangten zahlreiche ehemalige Kolonien und Protektorate ihre Unabhängigkeit, vor allem in Asien (Indien, Pakistan, Indonesien, Burma, Malaya/Malaysia, Vietnam, Kambodscha, Laos u. a.) und in der arabischen Welt (Syrien, Libanon, Libyen, später Marokko und Tunesien). Afrika sowie Teile der karibischen und pazifischen Inselwelt blieben vorerst noch unter der Kolonialverwaltung europäischer Mächte. Dennoch wurde die Präsenz der hier genannten Welteile als aktueller oder künftiger Faktor der Weltpolitik in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland schon deutlich wahrgenommen. Von Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Kirchen und anderen Organisationen und Institutionen wurde daher auch schon frühzeitig ein Engagement in den Entwicklungsländern angemahnt, wobei die Motive und Argumentationsmuster durchaus unterschiedlich waren.

Einerseits sah man in den Ländern der in den 1950er-Jahren bereits so bezeichneten ›Dritten Welt‹⁹ künftige Wirtschaftspartner, von denen man Rohstoffe beziehen und in die man industrielle Produkte exportieren wollte. Diese Erwartung setzte stabile Staaten

5 *Patrik von zur Mühlen*, Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Von den Anfängen bis zum Ende des Ost-West-Konflikts, Bonn 2007, S. 51 ff.

6 *Julia Angster*, Wertewandel in den Gewerkschaften. Zur Rolle gewerkschaftlicher Remigranten in der Bundesrepublik der 1950er Jahre, in: *Claus-Dieter Krohn/Patrik von zur Mühlen* (Hrsg.), Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Emigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, S. 111–138, hier: S. 115 ff.

7 *Frank Ahland*, Ludwig Rosenberg. Der Bürger als Gewerkschafter, Diss. Univ. Bochum 2002, S. 353, 388; vgl. <<http://www-brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/AhlandFrank/diss.pdf>> [22.4.2008].

8 *Hartmut Mehringer*, Impulse sozialdemokratischer Remigranten auf die Modernisierung der SPD, in: *Krohn/von zur Mühlen*, S. 91–110. Als Vorsitzender der FES wirkten zeitweilig Heinz Kühn, als Vorstandsmitglieder Willi Eichler und Fritz Heine, als Kuratoriumsmitglieder Waldemar von Knoeringen und Willy Brandt; vgl. *von zur Mühlen*, S. 49.

9 Im Folgenden wird der umstrittene Begriff der ›Dritten Welt‹ aufgrund der besseren Lesbarkeit nicht mehr in Anführungszeichen gesetzt.

voraus, deren Wirtschaftsstrukturen bereits einen gewissen Entwicklungsstand hinsichtlich der Infrastrukturen vorwiesen. Daher bemühte sich die 1950 gegründete und von Bund, Ländern und Wirtschaft gemeinsam getragene Carl Duisberg Gesellschaft, die seit 1956 sowohl deutsche Nachwuchskräfte der Wirtschaft auf ihren Auslandseinsatz in der Dritten Welt vorbereiten als auch Ausländer, die überwiegend aus der Dritten Welt stammten, durch Praktika und Hospitanzen in deutschen Einrichtungen ausbilden ließ.¹⁰ Ähnliche Motive lagen auch den Frühformen staatlicher Entwicklungshilfe zugrunde, die damals noch in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wirtschaft fiel und als Ziel die »Förderung des Erfahrungsaustauschs«, konkret also die Kontaktpflege auf internationalen Märkten, verfolgte.¹¹

Eine andere Zielsetzung besaßen Missionsorden und Missionsgesellschaften sowie verschiedene andere kirchliche und christliche Organisationen. Sie verbanden humanitäres und karitatives Engagement mit missionarischen Absichten, wobei ihre Aktivitäten sich auch mit der Verbesserung von Infrastrukturen im medizinischen Sektor, im Bildungsbereich sowie in der Landwirtschaft kombinieren ließen. 1959 wurde das katholische Hilfswerk Misereor gegründet; ein Jahr später schlossen sich 30 katholische Verbände, Vereine, Missionsorden und andere Organisationen zur Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe zusammen. Ebenfalls 1959 wurde als evangelisches Pendant das Hilfswerk Brot für die Welt gegründet, das in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk und protestantischen Missionsgesellschaften die Dachorganisation Dienste in Übersee (DÜ) schuf.¹²

Weitere Organisationen und Hilfswerke konzentrierten sich auf das, was man später in der Entwicklungspolitik »Sozialstrukturhilfe« nannte und sich auf die Verbesserung der Infrastrukturen konzentrierte. Wie bei den kirchlichen Organisationen reichte das Spektrum von Projekten der Gesundheitsfürsorge über Bildungsmaßnahmen bis zum Straßen- und Brunnenbau. Von den zahlreichen Organisationen, auf die hier verwiesen sei, soll hier nur die 1959 gegründete Deutsche Stiftung für die Entwicklungsländer (DSE, seit 1974 Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung) genannt werden.¹³

Die gemeinsame Basis aller dieser Bemühungen beruhte auf dem Anspruch, nach dem die Aktivitäten deutscher Organisationen in der Dritten Welt im Wesentlichen als unpolitisches Engagement zu verstehen waren. Sie stellten dabei die materiellen, technischen und strukturellen Defizite der Entwicklungsländer in den Vordergrund und betrachteten die gesellschaftlichen Verhältnisse als sekundär. Nun muss hierzu angemerkt werden, dass auch diese sachorientierte (>unpolitische<) Arbeit in der Dritten Welt natürlich eingebettet war in politische Rahmenbedingungen, die sich auf die konkrete Projektarbeit auswirkten. Dies waren der Kalte Krieg und der Ost-West-Konflikt. Man betrachtete auf westlicher Seite und auch in der Bundesrepublik die Unterentwicklung in der Dritten Welt gewissermaßen als Machtvakuum, in das sowjetische und andere kommunistische Einflüsse eindringen könnten, wenn ihnen nicht die Präsenz westlicher Einflüsse zuvor kommen und die Anfälligkeit der Entwicklungsländer für die Nachahmung kommunistischer Vorbilder dadurch reduzieren würde.

Derartige im ganzen Westen gehegte Befürchtungen lagen den Aktivitäten der unpolitischen, an Prinzipien der Fürsorge orientierten Entwicklungshilfe zugrunde, wobei im speziellen Fall der Bundesrepublik auch das Konkurrenzverhältnis zur DDR und deren Bemühungen um internationale Anerkennung gegen die sog. Hallstein-Doktrin hinzuka-

10 »Zehn Jahre Carl Duisberg Gesellschaft«, in: Das Parlament Nr. 4, 27.1.1960.

11 Vgl. Jürgen Dennert, *Entwicklungshilfe geplant oder verwaltet? Entstehung und Konzeption des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit*, Bielefeld 1968, S. 11 f.

12 Bastian Hein, *Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte*, München 2006, S. 60–64, 70.

13 Vgl. Hein, S. 77 ff.

men. So wurde in der Öffentlichkeit auch die Arbeit der Carl Duisberg Gesellschaft unter dem Blickwinkel gesehen, dass »[...] auch das Sowjetzonenregime mit dem Namen ›Deutschland‹ auftritt und sein Programm für ausländische Praktikanten gewaltig angekurbelt hat«. Und in der Presse wurde um 1960 wiederholt auf die umfassenden Stipendienprogramme der DDR und die vergleichsweise spärlichen Summen für entsprechende Aktivitäten vonseiten der Bundesrepublik hingewiesen.¹⁴ Dieser Hintergrund erklärt die starke Rückendeckung aller mit Entwicklungshilfe befassten Organisationen in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik. Die westdeutsche Hilfe für die Dritte Welt war also auch ein Beitrag im Wettlauf der Systeme, der sich – wie dies am Konkurrenzverhältnis zwischen der DDR und den USA erkennbar wurde – auch auf vermeintlich unpolitische Themen wie Hygiene oder Milchproduktion erstreckte.¹⁵

Die entwicklungspolitische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung indessen wich von den Konzeptionen der bisher genannten Organisationen ab, indem sie an die Stelle von Entwicklungshilfe die Entwicklungspolitik setzte. Diese Unterscheidung wurde vor allem von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite unterstrichen¹⁶, wobei hier der SPD-Bundestagsabgeordnete Hellmut Kalbitzer als einer der rühmlichsten Vorkämpfer einer auf die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen zielenden Entwicklungspolitik zu nennen ist. Allerdings führten auch die Befürworter einer Entwicklungspolitik als zusätzliche Argumente den Ost-West-Konflikt oder mitunter auch wirtschaftliche Gesichtspunkte hinsichtlich der Förderung künftiger Handelspartner an.¹⁷

Indem die Friedrich-Ebert-Stiftung das entwicklungspolitische Engagement des DGB fortsetzte, übernahm sie auch die von Gewerkschaften und SPD getragenen Vorstellungen einer auf die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen zielenden Entwicklungspolitik. Sie ging dabei von den Erfahrungen der Geschichte der Arbeiterbewegung aus und übertrug deren Modellcharakter auf die Länder der Dritten Welt. Was früher in den Industrieländern maßgeblich dazu beigetragen hatte, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern und diese als politischen Faktor an Staat und Gesellschaft partizipieren zu lassen, wurde in doppelter Weise auch auf die kolonialen oder halbkolonialen Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas projiziert: So sollte Entwicklungspolitik sowohl die arbeitenden Bevölkerungsschichten dieser Länder in ihrem Kampf um Verbesserung ihres sozialen, wirtschaftlichen und politischen Status unterstützen als auch die Länder, gewissermaßen die »Proletariat« dieser Welt, in ihrem Bemühen fördern, gleichberechtigte Partner in Politik und Wirtschaft innerhalb der internationalen Staatenwelt zu werden.

Die Aktionsfelder, die der europäischen und insbesondere der deutschen Arbeiterbewegung als Werkzeug zur Veränderung der Gesellschaft gedient hatten, waren im Wesentlichen drei: 1. die Gewerkschaftsbewegung, zu deren Aufgabe es gehörte, die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft zu verbessern; 2. die politische Arbeiterbewegung, konkret also die Sozialdemokratie als Partei mitsamt ihrem Umfeld, und 3. die Genossenschaften, die gewissermaßen ein Muster für eine künftige sozialistische Gemeinwirtschaft, fern von privaten Profitinteressen, liefern

14 »Zehn Jahre Carl Duisberg Gesellschaft« (Zitat); Dieter Bielenstein, Mehr tun für die Entwicklungsländer!, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 3.6.1960, S. 2 f.

15 Vgl. Young-Sun Hong, Kalter Krieg in der Ferne. Dekolonisierung, Hygienesdiskurse und der Kampf der DDR und der USA um die Dritte Welt, in: Uta A. Balbier/Christiane Rösch (Hrsg.), Umworbener Klassenfeind. Das Verhältnis der DDR zu den USA, Berlin 2006, S. 77–94, hier: S. 82–86.

16 Dennert, S. 21; Hendrik Grote, Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik. Voraussetzungen, Strukturen und Mentalitäten der bundesdeutschen Entwicklungshilfe 1949–1961, in: vorgänge 166 (2004), S. 24–35, hier: S. 26 f., 31.

17 Hellmuth Kalbitzer, Eine Verpflichtung der Bundesrepublik, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 6.3.1956.

sollten. Zu diesen Kernelementen der Arbeiterbewegung wurde 4. noch die sozialdemokratische Presse gerechnet, die in der Systematik zwar einen Teilaspekt der Sozialdemokratie bildete, aber aufgrund ihrer spezifischen Aufgabenstellung gesondert behandelt wurde.¹⁸

Man ging hierbei von einigen modernisierungstheoretischen Prämissen aus, die eine schematische Übertragung europäischer bzw. westlicher Entwicklungsprozesse auf Länder darstellte, deren Probleme auf gänzlich unterschiedlichen historischen Voraussetzungen beruhten.¹⁹ So nahm man mit einer gewissen Selbstverständlichkeit an, dass die Gesellschaften der Dritten Welt sich im Laufe ihrer Entwicklung gleichfalls in Industriegesellschaften umwandeln würden. Man fragte nicht danach, ob die Voraussetzungen für die Industrialisierung und für die Entstehung einer Arbeiterbewegung in den Entwicklungsländern ebenso gegeben waren wie etwa in den west- und mitteleuropäischen Staaten. Dort wo noch feudale Verhältnisse, stark ausgeprägte religiöse und ethnische Strukturen, Tribalismus, Kastenwesen, archaische Traditionen und andere Phänomene sich als Hemmschwellen für eine Modernisierung nach europäischem Vorbild auswirken, ist es zumindest problematisch, eine parallele Entwicklung zu erwarten wie in Europa oder Nordamerika, wo traditionelle Strukturen seit der Französischen Revolution aufgehoben, beseitigt oder zumindest in ihren Auswirkungen stark zurückgedrängt worden waren.²⁰ Mit einem Wort: die Vorstellungen von einer an Modernisierung, Demokratisierung, Industrialisierung, Partizipation und sozialer Emanzipation orientierten Entwicklungspolitik trugen ein stark eurozentrisches Gepräge und standen darin, wenngleich in weitläufiger Vermittlung, in einem Kontext mit kolonialen Weltbildern.

Zu Beginn des Engagements der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Entwicklungspolitik standen hauptsächlich Bildungsmaßnahmen, die sich thematisch mit den genannten vier Arbeitsgebieten befassten. Seit 1958 wurden Gruppen meist jüngerer Vertreter aus Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in die Bundesrepublik eingeladen, in mehrmonatigen Sprachkursen im Goethe-Institut sowie in weiteren Seminaren sprachlich und fachlich auf ihre Aus- und Fortbildung vorbereitet, um dann als Hospitanten oder Praktikanten Einblick in deutsche Organisationen und Institutionen zu nehmen. Die Kontakte zu den Kandidaten derartiger Bildungsmaßnahmen wurden mit Hilfe des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO (IAO, engl. ILO) und von befreundeten Parteien und Gewerkschaften im Ausland hergestellt. Im Laufe der Jahrzehnte entwickelte die Stiftung eigene Netzwerke, so dass die Mitwirkung der genannten Stellen an Bedeutung verlor. Bei den Stellen, zu denen die Gäste delegiert wurden, handelte es sich um Institutionen vor allem der Gewerkschaften und Genossenschaften, also um Sekretariate, Verwaltungen, Schulen und Akademien, aber auch um Redaktionen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse sowie öffentlicher Rundfunkanstalten. Parallel hierzu wurden an Personen aus der Dritten Welt auch Stipendien für ein Hoch- oder Fachschulstudium in der Bundesrepublik vergeben.²¹

Ziel dieser Maßnahmen war es, junge Asiaten, Afrikaner und Lateinamerikaner in politischen, administrativen und wirtschaftlichen Fragen sowie im Medienbereich soweit zu qualifizieren, dass sie in der Lage sein würden, mit ihren in Deutschland gewonnenen Kenntnissen in ihrer Heimat ähnliche parteipolitische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Strukturen sowie solche in Presse und Rundfunk aufzubauen wie in den west-

18 Vgl. *Manfred Bardeleben* (Hrsg.), *Grundsätze für die Förderung von Selbsthilfeorganisationen*, Bonn 1979, S. 7–11.

19 Für die Konjunktur der Modernisierungstheorie v. a. in der amerikanischen Außen-/Entwicklungspolitik vgl. den Beitrag von *Sönke Kunkel* in diesem Band.

20 Zur Industrialisierung in Europa am Beispiel Großbritanniens vgl. *Eric J. Hobsbawm*, *Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750*, Bd. 1, Frankfurt/Main 1969, S. 33 ff.

21 Hierzu *von zur Mühlen*, S. 56.

lichen Ländern. Nach einigen Jahren erwies sich diese Art der entwicklungspolitischen Maßnahmen als zu kostspielig. Die dreimonatigen Sprachkurse reichten nicht aus, um den Gästen ausreichende Sprachkenntnisse zu vermitteln, der Aufenthalt in Deutschland war teuer, und die lange Trennung von Familien und Heimat verursachte weitere Probleme. Die Friedrich-Ebert-Stiftung beschloss daher 1964, ihre entwicklungspolitische Arbeit in die Länder der Dritten Welt zu verlagern. Wichtige Voraussetzung hierfür war dabei, dass mit der Gründung des BMZ 1961/62 ein politischer Partner entstanden war, über dessen Ressort ein verstärktes Engagement in Übersee finanziert werden konnte. Natürlich stellte das neue Ministerium Vergaberichtlinien auf, wobei aber die vier genannten Arbeitsschwerpunkte der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht in Frage gestellt, vielmehr als förderungswürdig anerkannt wurden.²²

II. DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHE EINSATZ VOR ORT

1964 wurden erstmals 19 Mitarbeiter in die Dritte Welt entsandt. Ihre Zahl lag in den ersten fünf Jahren bei 20, um dann 1969 sprunghaft auf 72 anzusteigen, bis sie sich 1972 um 100 bewegte. Erste Einsatzgebiete waren u. a. Ceylon/Sri Lanka, Indonesien, Sambia, Madagaskar, Chile, Peru, Venezuela, Costa Rica. Zu dieser Zeit verfügten die Auslandsmitarbeiter über geringe Mittel und konnten nur als Berater einheimischer Parteien, Gewerkschaften oder Verbände auftreten, denn es gehörte und gehört zu den Grundsätzen der entwicklungspolitischen Arbeit, dass die Stiftung nur auf Anforderung von und in Zusammenarbeit mit einheimischen Partnerorganisationen in einem Lande tätig wird.

Die Arbeit in den ersten Jahren erforderte oft Improvisation. In Ermangelung von Büros mussten die Auslandsmitarbeiter beispielsweise ihre Arbeit in der Regel von ihrer Wohnung aus erledigen. Für Veranstaltungen waren sie auf die Anmietung von entsprechenden Räumlichkeiten angewiesen. Erst mit der Erhöhung der Zuwendungen des BMZ konnte hier Abhilfe geschaffen werden. Erwähnenswert sind die in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre errichteten Heimvolkshochschulen der Stiftung in bzw. bei Colombo, Lusaka, Tananarive, San José de Costa Rica, Djakarta und Kampala, die das in Deutschland erfolgreiche Modell der Erwachsenenbildung in die Dritte Welt exportierten.²³ Sie dienten für Bildungsmaßnahmen für alle vier Arbeitsgebiete, auf die im Folgenden näher einzugehen ist.

Die Gewerkschaftsarbeit – das älteste internationale Arbeitsgebiet der Friedrich-Ebert-Stiftung, das sie noch vom DGB übernommen hatte – konzentrierte sich in den ersten Jahren im Wesentlichen auf Bildungsarbeit zur Qualifizierung von Gewerkschaftsfunktionären, auf die Förderung der organisatorischen Infrastruktur der Gewerkschaften, die Herstellung von Lehrmitteln sowie Publikationen zu gewerkschaftsrelevanten Themenbereichen, schließlich auch die materielle Ausstattung gewerkschaftseigener Einrichtungen, von denen Presseorgane im Vordergrund standen.²⁴ Ziel war der umfassend qualifizierte und vielseitig gebildete Funktionär, wie man sich ihn in Deutschland als Vorbild vorstellte. Davon zeugt ein sechswöchiges Seminar, das die Friedrich-Ebert-Stiftung im März/

22 *Manfred Glagow/Andreas Strucke*, Die Etablierung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und die Rolle seiner Gründungsmitglieder 1961–1963. Personelle Gestaltungsräume bei der Herausbildung administrativer Strukturen, in: *Manfred Glagow/Wilfried Gotsch/Andreas Strucke* (Hrsg.), Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ): Entstehungszusammenhänge, Personalpolitik, Steuerungsfähigkeit, Pfaffenweiler 1981, S. 1–92, hier: 18–32; vgl. *von zur Mühlen*, S. 63 ff.

23 Vgl. *von zur Mühlen*, S. 122.

24 *Horst Heidermann*, Methoden und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Bildungshilfe in Entwicklungsländern, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1968, H. 18, S. 80 ff.

April 1964 im chilenischen Viña del Mar durchführte. Das Curriculum sah eine breite Themenpalette vor: Grundlagen der Industriegesellschaft; die Arbeiterklasse und die internationale Lage; Formen und Ziele der Gewerkschaftsbewegung; Fragen der sozialen Sicherheit; aktuelle Fragen des Genossenschaftswesens in Chile und in der modernen Welt. Zu den aktuellen politischen Themen kamen noch hinzu: Sowjetmarxismus; Taktik und Strategie der Sowjetunion und der sowjetisch-chinesische Konflikt. Die Dozenten waren teilweise Professoren aus Santiago de Chile, aber auch Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung und des DGB. Am Ende der Veranstaltungen wurden den Teilnehmern Diplome ausgehändigt.²⁵

Dieses anspruchsvolle Programm konnte in dieser Form nur durchgeführt werden, weil die chilenische Gewerkschaftsbewegung eine relativ hoch entwickelte Organisationsstruktur besaß, die von interessierten und motivierten Gewerkschaftsmitgliedern getragen wurde. In anderen Ländern musste die Gewerkschaftsarbeit der Stiftung erst die Voraussetzungen für eine weitere Arbeit schaffen. So beriet der FES-Auslandsmitarbeiter in Sambia, das gerade erst als Kolonie Nordrhodesien in die Unabhängigkeit entlassen worden war, 1964 den *Zambian Trade Union Congress* bei der Abfassung von dessen Statuten. Vor allem in Asien waren (und sind) Gewerkschaften vielfach an religiös oder ethnisch orientierte Parteien gebunden, zwischen denen der FES-Vertreter vermitteln musste, um sie zu einer engeren Kooperation zu bewegen, – beispielsweise in Ceylon (Sri Lanka). Und in Indonesien stieß das Programm der Stiftung für einen Abendkurs zur Qualifizierung gewerkschaftlicher Nachwuchskräfte auf den heftigen Widerstand einer konservativ-islamisch ausgerichteten Gewerkschaft, die sich beim Parlament darüber beschwerte, dass jetzt ausländische Ideologien importiert würden. In Venezuela zerstritten sich die dortigen Richtungsgewerkschaften und brachten den Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung dadurch in Schwierigkeiten, dass die Partnergewerkschaft sich in zwei etwa gleich große Flügel spaltete, die beide mit der Stiftung kooperieren wollten. Um nicht in den Verdacht einer innenpolitischen Parteinahme und Einmischung zu geraten, brach die Stiftung ihr Engagement in Venezuela vorerst ab.²⁶

Und in manchen Ländern war die Situation der Gewerkschaften so desolat, dass überhaupt keine Ansatzpunkte für Formen von Bildungsarbeit zu finden waren. Hier zeigte sich, dass ein entwicklungspolitisches Engagement prinzipiell dort erfolgversprechend war, wo bereits gewisse zivilgesellschaftliche Strukturen vorhanden waren. Wo sie vollständig fehlten, gab es auch keine Partner, mit denen man hätte kooperieren können. Dies drückt auch der Bericht eines verzweifelten FES-Vertreters aus Somalia im Jahre 1964 aus:

»Es mag ziemlich pessimistisch klingen, was ich ausführe, aber es hat keinen Sinn, hier mit Wunschvorstellungen zu arbeiten. Nach allem, was ich über andere afrikanische Länder gehört habe, und auch nach meinen eigenen Erfahrungen mit anderen westafrikanischen [sic!] Gewerkschaften, ist Somalia ein Land, das noch überhaupt keinen Vergleich mit anderen afrikanischen Ländern aushält. Dieses Land steht noch vor der Stunde Null.«²⁷

Das zweite Arbeitsgebiet der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte die engere politische Aufgabenstellung zum Gegenstand, wobei ein wesentlicher Programmpunkt – die Förderung sozialdemokratischer, sozialistischer oder verwandter Parteien – niemals direkt beim Namen genannt wurde. Das Arbeitsgebiet firmierte vielfach unter dem Begriff (politische) Erwachsenenbildung, wobei hiermit aber keine allgemeinbildenden Ziele verbunden waren, sondern die Qualifizierung von Funktionären von Parteien, politischen Verbänden,

25 Vgl. von zur Mühlen, S. 134 f.

26 Ebd., S. 133; Heinz Bendt, Als Gewerkschaftsberater in Indonesien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1972, H. 23, S. 464–466; Walter Nocker, Als Gewerkschaftsberater in Venezuela, in: ebd., S. 460–463.

27 Zitat nach von zur Mühlen, S. 133 f.

Gremien und Institutionen, aus Verwaltung und Öffentlichkeit. Vor allem für diese Aufgaben errichtete die Stiftung in mehreren Ländern die bereits genannten Heimvolkshochschulen nach dem Vorbild ihrer entsprechenden eigenen Einrichtungen in Deutschland. Natürlich wurden in ihnen auch Bildungsveranstaltungen für den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bereich sowie für die Medienarbeit abgehalten. Im Vordergrund stand jedoch die politische Schulung politischer Entscheidungsträger und Multiplikatoren. Gewöhnlich gehörten sie einer Regierungspartei an, wobei eine sozialdemokratische Programmatik nicht als unbedingt erforderlich angesehen wurde. Erforderlich war, dass die Partnerpartei sich zumindest zu Demokratie, Freiheit, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit bekennen musste.²⁸

Die politische Bildungsarbeit erfuhr in einigen Ländern eine starke Förderung durch die einheimischen Regierungen, so in Madagaskar durch den Präsidenten Philibert Tsiranana, in Sambia durch Kenneth Kaunda und in Uganda durch Milton Obote. Dies hatte vordergründige Vorteile infolge der wohlwollenden Protektion durch Staatsoberhaupt und Regierung, warf aber Probleme nach einem Machtwechsel auf, da die Institution nun als vermeintlicher Parteigänger der abgelösten bzw. gestürzten Vorgängerregierung diskreditiert war. In Uganda und Madagaskar führte dies letztlich zur Schließung der Schulen, während sie in Sambia, Costa Rica, Sri Lanka und Indonesien ungestört weiterwirken konnten. Aber auch dort, wo die Stiftung in Zusammenarbeit mit einheimischen Institutionen politische Bildungsarbeit leistete, konnten Putsche, Revolutionen und Bürgerkriege die meistens konstruktive Arbeit beenden.²⁹

Das dritte Arbeitsgebiet befasste sich mit dem Aufbau des Genossenschaftswesens. Dadurch sollten Initiativen gefördert werden, um Bürger am wirtschaftlichen Entscheidungsprozess zu beteiligen und die Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen spürbar zu verbessern. Hier wurde die Stiftung in Zusammenarbeit mit einheimischen Partnern in vielfältigen Projekten aktiv. Zu den frühesten gehörten Konsumgenossenschaften, mit denen die Monopolstellung von Zwischenhändlern mit ihren vielfach überhöhten Preisen unterlaufen werden sollte. In einigen Ländern konnten auf diese Weise prosperierende gemeinwirtschaftliche Unternehmen geschaffen bzw. unterstützt werden, so in Kenia, Ghana, Mauritius und im Libanon.³⁰

Ein weiteres gemeinwirtschaftliches Projekt waren die sog. Siedlungsgenossenschaften, mit denen dem Wildwuchs von ländlichen und großstädtischen Slums entgegengewirkt werden sollte. Das 1960 begonnene Siedlungsprojekt in Pindorama im nordöstlichen Brasilien, an dem sich die Stiftung einige Jahre später durch Berater und Fachkräfte beteiligte, sollte das größte dieser Art werden. Auf 34.000 ha Land sollte eine Agrarsiedlung für etwa 2.000 Personen geschaffen werden. 1974 war das Projekt soweit entwickelt, dass es in die alleinige Regie der brasilianischen Partnerseite entlassen werden konnte. Insgesamt lag der Schwerpunkt der von der Friedrich-Ebert-Stiftung betreuten Projekte auf dem landwirtschaftlichen Bereich. Die Förderung des Genossenschaftswesens umfasste ein breites Spektrum von Aufgaben, von der besseren Vermarktung bis zur Beratung bei Fragen des ertragreicheren Anbaus oder der effizienteren Finanzadministration und Organisation. Auch Fragen gemeinwirtschaftlicher Kapitalbildung zur Finanzierung von Genossenschaftsprojekten gehörten dazu; hier beriet die Stiftung beispielsweise den *Banco Obrero* in Mexiko sowie ähnliche Institutionen in Thailand und Singapur. Zu den Aufgabengebieten gehörte schließlich die Ausbildung von Genossenschaftsberatern nach dem Vorbild der deutschen Raiffeisen-Genossenschaftsschulen, zu denen die Stiftung ausnahmsweise auch wieder Fachkräfte nach Europa einlud. So führte sie beispielsweise

28 Horst Heidermann, Gesellschaftspolitik für Entwicklungsländer?, in: Solidarität. Festschrift für Alfred Nau zum 65. Geburtstag, Bonn 1971, S. 99–115.

29 Vgl. von zur Mühlen, S. 252–254.

30 Ebd., S. 158 f.

1968 sieben Lehrgänge für 95 Fachkräfte, Genossenschaftsleiter und Lehrer an Genossenschaftsschulen durch.³¹

Als letztes Arbeitsgebiet der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Dritten Welt ist die Medienarbeit zu nennen. Sie lag etwas abseits des traditionellen Aufgabenkanons der deutschen Arbeiterbewegung, wurde jedoch frühzeitig als mögliches Instrument entwicklungspolitischer Impulse erkannt.³² Auch hier folgte die Entwicklungslinie der Stiftung gewollt oder ungewollt den modernisierungstheoretischen Modellen, die auf die Kommunikationsstrukturen der Entwicklungsländer besonders großen Wert legten.³³ Der Schwerpunkt lag hierbei auf dem Hörfunk, seit den späten 1960er-Jahren auch auf dem Fernsehen, da die Verbreitung der Printmedien in Ländern mit unterentwickelter verkehrsmäßiger Infrastruktur und starkem Analphabetismus nur sehr begrenzt ist. Der Hörfunk kann auch von Analphabeten konsumiert werden und ist in Form des relativ erschwinglichen Transistors unabhängig von festen Stromquellen und anderen technischen Voraussetzungen. Er kann zudem in den Sprachen kleinerer und abgelegener Ethnien senden, die noch keine Schriftsprache entwickelt haben. Hier sah die Stiftung ihre Aufgabe in der Aus- und Fortbildung von Medienfachleuten: Journalisten, Programmgestalter, Techniker, Rechts-, Management- und Organisationsberater.³⁴ Mit der Verbreitung des Fernsehens in der Dritten Welt in den späten 1960er-Jahren dehnte sich dieses Spektrum noch aus.³⁵

Der geografische Schwerpunkt der Medienarbeit lag zunächst in Afrika. 1966 gründete die Stiftung in Zusammenarbeit mit dem nationalen Fernsehsender von Ghana in Accra ein Produktionszentrum, in dem bis 1971 insgesamt 150 Lehrfilme hergestellt wurden. Angeschlossen an diese Institution war ein weiteres Studio, in dem 18 einheimische Praktikanten als Regisseure, Kameraleute, Cutter und Toningenieure ausgebildet wurden. 1971 wurde zusätzlich ein Filmwagen eingesetzt, mit dem die in Accra hergestellten Filme auch in abgelegenen Regionen vorgeführt werden konnten. Das Projekt lief so erfolgreich, dass andere afrikanische Länder – so Uganda und Kenia – sich gleichfalls um eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung bemühten. Sehr bald weitete sie ihre Medienarbeit auf weitere Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas aus.

III. ENTWICKLUNGSPOLITIK IN DER ÖFFENTLICHEN KRITIK

Die Entwicklungspolitik, die nunmehr eine mehr als 50-jährige Geschichte hinter sich hat, erlebte immer wieder Phasen, in denen sie und ihre Akteure und Initiatoren im Mittelpunkt öffentlicher Kritik standen. Solche Erfahrungen, dazu Misserfolge und enttäuschende Bilanzen lösten vielfach Selbstzweifel bei den Verantwortlichen aus, aber auch Diskussionen über neue Wege und Konzeptionen. Aram Ziai und andere diagnostizieren eine solche Krise in den 1980er- und 1990er-Jahren.³⁶

31 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Jahresberichte 1974, S. 81 f., und 1971, S. 41; *Bardeleben*, S. 8. Als konkretes Beispiel vgl. *Ingrid Heidermann*, Genossenschaftliche Unternehmensformen in Madagaskar, Bonn o. J. (ca. 1967).

32 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Der Beitrag der Massenmedien zur Entwicklungsarbeit in den Entwicklungsländern*, Bonn 1960.

33 Vgl. z. B. *Wilbur Schramm*, *Mass media and national development*, Stanford 1964.

34 *Gunter Lehrke*, *Medienförderung als Teil der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn 1994.

35 Vgl. zur Rolle der Medien im *nation building* nach der Unabhängigkeit den Beitrag von *Robert Heinze* in diesem Band.

36 *Aram Ziai*, *Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung*, Münster 2007, S. 66 ff.; dort weitere Literatur zu dieser Frage.

Aber auch zu anderen Zeiten wurden Ziele, Methoden und Bilanzen der Entwicklungspolitik einer grundlegenden Kritik unterzogen. In den späten 1960er und vor allem in den 1970er-Jahren, aber auch noch zu späterer Zeit, setzte in der Bundesrepublik, aber auch weltweit, eine Diskussion über Sinn, Nutzen und Nachhaltigkeit der bisher geleisteten entwicklungspolitischen Arbeit ein. Gerade von linker Seite wurde ihr eine zu enge Verbindung mit Exportinteressen der westlichen Industrieländer vorgeworfen, ihre Liaison mit teilweise korrupten autokratischen Regimen, ihre Instrumentalisierung im Ost-West-Konflikt und vielfach ihre Ineffizienz. Bemängelt wurde die enge Verbindung der Mittelvergabe mit außen- und deutschlandpolitischen Grundsätzen, insbesondere mit der Hallstein-Doktrin zur Verhinderung einer weltweiten Anerkennung der DDR.³⁷ Vielfach gipfelte die Kritik in der These, dass die westdeutsche und generell die westliche Entwicklungshilfe zu stark den Status quo anstelle einer evolutionären Veränderung im Blick habe³⁸, dabei sehr von eurozentrischen Vorstellungen ausgehe und damit letztlich spätkolonialistische Weltbilder reproduziere.³⁹ Von kommunistischer Seite, etwa von Kritikern aus der DDR, wurde die westdeutsche Entwicklungspolitik sogar als Teil einer imperialistischen Strategie dargestellt.⁴⁰ Auch der Entwicklungshelfer selbst geriet in die Kritik. Ihm wurde Mangel an Einfühlungsvermögen und die schematische Übertragung westlicher Politik- und Gesellschaftsmodelle auf die Länder der Dritten Welt vorgeworfen.⁴¹ Viele Kritikpunkte waren bereits einige Jahre früher am Beispiel einzelner Entwicklungsprojekte aufgegriffen worden. So kritisierten Presse und Fachwelt an dem von der Bundesrepublik in Zusammenarbeit mit westdeutschen Unternehmen errichteten und betriebenen Stahlwerk im indischen Rourkela Konzeptionsfehler, Fehlplanung, Missmanagement, das Verhalten der deutschen Entwicklungshelfer und insgesamt die enge Verknüpfung mit außen- und wirtschaftspolitischen Interessen im Kalten Krieg.⁴²

Die deutsche Entwicklungspolitik, in die das Engagement der Friedrich-Ebert-Stiftung eingebettet war, erlebte eine Zäsur durch die seit 1969 regierende sozialliberale Koalition, die sich in einigen wesentlichen Fragen von den Vorgängerregierungen absetzen wollte. Zwar hatte der bis 1969 amtierende Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Hans Jürgen Wischniewski (SPD) schon 1968 eine Neuorientierung angemahnt, aber mit seinem Nachfolger Erhard Eppler wurden die Probleme der Dritten Welt in besonders prononcierter Weise in den Vordergrund gestellt. In seiner Amtszeit wandte sich die Entwicklungspolitik von folgenden bisher geltenden Prinzipien ab: 1. Gleichsetzung von Entwicklung und (industriellem) Wachstum, 2. Entwicklungspolitik als Teil und Mittel der Blockpolitik im »Wettlauf der Systemex«, 3. Entwicklungspolitik als Mittel der Exportförderung und Absatzsicherung. Zwar wurden diese Prinzipien niemals vollständig

37 Klaus Bodemer, *Entwicklungshilfe – Politik für wen? Ideologie und Vergabepaxis der deutschen Entwicklungshilfe in der ersten Dekade*, München 1974, S. 98 ff.

38 Karl Jettmar, *Unterstützt Entwicklungshilfe eine »Status quo«-Politik?*, in: Helga Engelbrecht (Bearb.), *Materialien zur Entwicklungshilfekritik. Aktuelle Beiträge zur Diskussion um die deutsche Entwicklungspolitik*, (Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer, Tagungen und Dokumentation, Dok. 462), Bonn 1969, S. 24–29.

39 Auf diese Gefahr wurde bereits zu Beginn der praktischen entwicklungspolitischen Arbeit hingewiesen; vgl. Dieter Danckworts, *Zur Psychologie der deutschen Entwicklungshilfe. Eine Analyse von Meinungen, Motiven und Gefühlen um die deutsche Entwicklungshilfe*, Baden-Baden/Bonn 1962. Aus späterer Zeit vgl. Reinhard Stockmann/Wolf Graebe (Hrsg.), *Hilft Entwicklungshilfe langfristig? Bestandsaufnahme zur Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten*, Opladen 1993.

40 Manfred Teresiak, *Ideologische Funktion der Friedrich-Ebert-Stiftung*, in: IPW-Forschungshefte 8, 1973, H. 2 (»Friedliche Koexistenz – ideologischer Kampf«), S. 70–71.

41 Sandra Maß, *»Eine Art sublimierter Tarzan«*. Deutsche Entwicklungshilfe als Menschentechnik in den 1960er Jahren, in: *WerkstattGeschichte* 15, 2005, S. 77–90.

42 Vgl. den Beitrag von Corinna R. Unger in diesem Band.

aufgegeben, wohl aber durch neue Grundsätze zurückgestellt: 1. Orientierung an den von den Entwicklungsländern selbst gesetzten Zielen ohne bevormundende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Vorgaben, 2. keine bzw. eine differenzierte Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik für kurzfristige außenpolitische Interessen, 3. Betonung der sozialen Komponente der Entwicklungspolitik als »Strategie der Befriedigung der Grundbedürfnisse« und 4. günstigere Vergabedingungen.⁴³

Dieser Wandel der Entwicklungspolitik wurde unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt (1974–1982) teilweise revidiert oder neu akzentuiert, gab aber Anstöße zur Diskussion über Konzeptionen, Ziele und Nachhaltigkeit des Engagements in der Dritten Welt. Die öffentlichen Diskussionen über nachhaltige Methoden der Arbeit in der Dritten Welt wurden auch in der Friedrich-Ebert-Stiftung rezipiert. Die Anstöße, die seit 1969 vom Kurswechsel der Bundesregierung ausgingen, ebneten neue Wege der Entwicklungspolitik. Allerdings berührte ein derartiger Kurswechsel auf höchster Ebene die konkrete Projektarbeit der mit Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik befassten Institutionen nur indirekt und auch nur langfristig. Manche Projekte waren noch vor einem solchen Regierungswechsel konzipiert, beantragt und begonnen worden, so dass Paradigmenwechsel der offiziellen Politik vielfach nur mit zeitlicher Verzögerung Gestaltungskraft gewannen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte aber inzwischen selbst umfassende Erfahrungen sammeln können, um Anfang der 1970er-Jahre eine Zwischenbilanz ziehen zu können. Sie hatte trotz ihrer überwiegend erfolgreichen Arbeit einige herbe Rückschläge erleben müssen. Einige gingen auf politische Ereignisse zurück, die von ihr nicht vorhergesehen und auch nicht verantwortet werden konnten. In Ghana, Uganda, Madagaskar, Chile und in anderen Ländern setzten Putsche, Umstürze, Unruhen und Diktaturen der teilweise fruchtbringenden Arbeit ein jähes Ende, bei dem nahezu alle geschaffenen Ansätze einer konstruktiven Arbeit zerstört wurden. In anderen Fällen stellten sich unerwartete Schwierigkeiten dadurch ein, dass die Partner bestimmte Erwartungen nicht erfüllten. In manchen Ländern wurden die Gewerkschaften entweder an den Rand gedrängt oder sie verkümmerten zu bloßen Transmissionsriemen autoritärer Regime. Parteien mit sozialdemokratischem oder sozialistischem Programm entpuppten sich als Interessengruppen einzelner Volksstämme oder Clans. Genossenschaften wurden von den einheimischen Behörden gegängelt und in ihrem Handlungsspielraum eingeengt oder Medien durch Regierungen kontrolliert und missbraucht.⁴⁴

Zwar war mit einigen entwicklungspolitischen Projekten der Friedrich-Ebert-Stiftung gelegentlich auch eine technische und materielle Hilfe verbunden. Das Gros der Projektarbeiten aber bestand aus bildungspolitischen Maßnahmen, aus Schulung, Aus- und Fortbildung, um Mitglieder der Partnerorganisationen für politische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche oder journalistische Aufgaben zu qualifizieren. Im Laufe der 1970er-Jahre begann man, die bisher geleistete Arbeit zu bilanzieren und sich zu fragen, welchen Nutzen Bildungsmaßnahmen nach sich ziehen, wenn es im Einsatzgebiet keine Strukturen gibt, in denen sie sich sinnvoll auswirken können. Welchen Sinn machten geförderte Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften oder Medieneinrichtungen, wenn sie sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen im Leerlauf bewegten und nur wenig bewirkten?⁴⁵ Auf diesen gesellschaftlichen Kontext der einzelnen Projektarbeit hatten Kritiker der Entwicklungspolitik bereits gegen Ende der 1960er-Jahre nachdrücklich hingewiesen.⁴⁶

43 *Gerhard Weiher*, Die Entwicklungspolitik, in: *Gert-Joachim Glaeßner/Jürgen Holz/Thomas Schlüter* (Hrsg.), Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Versuch einer Bilanz, Opladen 1984, S. 286–299, hier: S. 287 f.

44 Zu Beispielen vgl. *von zur Mühlen*, S. 136–138, 145, 166, 244 ff.

45 Ebd., S. 252 f.

46 Vgl. *Karl H. Pfeffer*, Kritik an der Durchführung der Entwicklungshilfe, insbesondere in Bezug auf ihre gesellschaftspolitischen Folgen, in: *Engelbrecht*, S. 73–77.

Die kritische Bilanzierung führte dazu, in allen vier Arbeitsgebieten von eurozentrischen Modellen abzugehen und Begriffe wie Entwicklung, Fortschritt, Emanzipation und Demokratie zu überdenken und auf der Grundlage der jeweiligen politischen und kulturellen Traditionen und gesellschaftlichen Bedingungen der Einsatzgebiete neu zu formulieren. Das Ziel bildeten von nun an in geringerem Maße Partner, die man sich nach dem Vorbild der europäischen Arbeiterbewegung ausgesucht hatte, sondern generell solche, von denen Impulse für eine reformorientierte Entwicklung in Richtung gesellschaftlicher und politischer Partizipation, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Verbesserung erwartet werden konnten.

Im Verlauf einer längeren Entwicklung, die man in einem Zeitraum von den späten 1970er- bis zu den frühen 1990er-Jahren verorten kann, änderten sich auch die Paradigmen – übrigens nicht nur der Friedrich-Ebert-Stiftung. In dieser Hinsicht stimmte sie voll mit dem entwicklungspolitischen Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch auf internationaler Ebene, überein. Nicht mehr die Stärkung staatlicher Institutionen oder komplexer Betriebsstrukturen bildeten im internationalen entwicklungspolitischen Diskurs den Handlungsrahmen, sondern Partizipation und Zivilgesellschaft sowie die stärkere Mitwirkung der angesprochenen Bevölkerungsschichten als Produzenten und Konsumenten an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Das Bewusstsein eines selbstbestimmten Handelns sollte an die Stelle einer als Fremdbestimmung empfundenen Übernahme westlicher Modelle treten. Die Suche nach neuen Methoden und Zielen der entwicklungspolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung sind vor dem Hintergrund dieses veränderten Entwicklungsdiskurses zu sehen.⁴⁷

IV. PARADIGMENWECHSEL DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN ARBEIT

Die Neuorientierung der Entwicklungspolitik wirkte sich am wenigsten auf die Gewerkschaftsarbeit aus. Nach wie vor förderte die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung durch Bildungsmaßnahmen, Besucherprogramme, Forschungs- und Dokumentationsprojekte auf bilateraler Ebene solche Organisationen, von denen sie eine wirksame Vertretung von Arbeitnehmerinteressen meinte erwarten zu können. Neu war aber die multilaterale Zusammenarbeit, bei der die Stiftung für die Gewerkschaften der Dritten Welt Kontakte zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, zum Internationalen Arbeitsamt in Genf (IAA), zu den Internationalen Berufssekretariaten, aber auch zur damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), zur OECD und anderen Organisationen ebnete. Die indirekte Zusammenarbeit setzte dort ein, wo eine bilaterale Zusammenarbeit aufgrund politischer und anderer Gegebenheiten Schwierigkeiten bereitete, und konzentrierte sich im Wesentlichen auf Bildungs- und Forschungsmaßnahmen, von deren Ergebnissen indirekt auch die Gewerkschaften profitierten. Schließlich weitete die Stiftung auch die Zahl ihrer potenziellen Partner aus, indem sie auch Bauernverbände, Frauengruppen und andere Selbsthilfegruppen in ihr Förderprogramm aufnahm, von denen sie Impulse für eine stärkere Partizipation benachteiligter Gruppen und deren materielle Besserstellung erwartete.⁴⁸

Eine starke Veränderung erlebte die (politische) Erwachsenenbildung. Weitaus mehr als in den Gewerkschaften hatte man sich in den politischen Parteien der Dritten Welt getäuscht. Aus Befreiungsbewegungen waren in manchen Fällen Regierungsparteien, aus diesen wiederum Staatsparteien geworden, die sich schließlich vielfach zu autoritären Einparteieregimen entwickelten. Den Weg zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild, wie ihn die früheren Kolonialmächte hatten einleiten wollen, beschritten nur wenige. Und

47 Ziai, S. 86 f.

48 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Internationale Gewerkschaftsförderung, Bonn 1987, S. 6–8.

die zeitweilig als »afrikanischer Sozialismus« gerade auch in der Friedrich-Ebert-Stiftung bewunderte, vermeintlich soziale und interethnische Harmonie zeigte eher ernüchternde Resultate. Am ehesten gab es Ansätze zu einer demokratischen Entwicklung in latein-amerikanischen Ländern, die aufgrund ihrer spanisch-portugiesischen und katholischen Prägung den westlichen Industriegesellschaften näher stehen als andere Weltregionen. Hier waren Korrekturen in der Stiftungsarbeit erforderlich. Das Arbeitsgebiet wurde in der Folgezeit auch nicht mehr als Erwachsenenbildung definiert, sondern als im weitesten Sinne als Gesellschaftspolitik.⁴⁹

Natürlich wurden vereinzelt Projekte in der Art der früheren Erwachsenenbildung fortgesetzt oder auch neu begonnen. Als besonders erfolgreich erwies sich dabei die 1980 einsetzende Zusammenarbeit mit der senegalesischen Regierung unter Präsident Léopold Sédar Senghor und dessen (Staats-)Partei *Union Sénégalaise Progressiste*, die sich bald darauf in *Parti Socialiste* umbenannte. Offizieller Partner war die parteiamtliche *École des cadres* (später *Centre d'Études et de Formation Socialiste*, CEFOS), an deren Trägerschaft die Stiftung mitbeteiligt war und die von ihr mit technischen Ausrüstungen ausgestattet wurde. Die Seminare und mehrwöchigen Abendkurse befassten sich mit dem Aufbau der Sozialistischen Partei des Senegals, der Rolle der Gewerkschaften, mit Ein- und Mehrparteiensystemen, dem Aufbau der Republik Senegal, der Kontroverse Sozialismus/Kommunismus sowie mit Fragen der Entwicklungspolitik. Die Schule fand so viel Anklang in Staat, Gesellschaft und Bevölkerung des Landes, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung sich 1984 aus ihrer Trägerschaft zurückziehen konnte, um fortan nur noch einige spezielle Veranstaltungen anzubieten.⁵⁰

Erweitert wurde das Spektrum der potenziellen Partner. Wie bereits erwähnt wurde, hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung auch früher schon nicht nur mit lupenreinen Demokratien zusammengearbeitet. Der »Wetlauf der Systeme« hatte zur Folge, dass ihr von offizieller Seite auch Projekte in »gelenkten Demokratien« und mehr oder minder autoritären Staaten empfohlen wurden, um deren Abdriften ins kommunistische Lager verhindern zu helfen. Voraussetzung war allerdings, dass sie ein Mindestmaß an rechtsstaatlichen Verhältnissen aufwiesen und dass die Projekte mit einer reformorientierten Zielsetzung nicht behindert wurden. Das mögliche Spektrum der Partner wurde nun ausgedehnt auf Parteien (und Regierungen), wenn in ihren Programmen reformorientierte Ziele aufgeführt wurden und es innerhalb ihrer Strukturen wenigstens auf unterer Ebene Ansätze von innerparteilicher Demokratie gab: z. B. Programmdiskussionen, Wahlen von Funktionsträgern usw. Sofern sie sich zu derartigen Zielen und einer solchen Praxis bekannten, nahm die Stiftung in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren auch Kontakte zu Befreiungsbewegungen auf, beispielsweise im südlichen Afrika oder in Nicaragua.⁵¹

Neuartig war die veränderte Aufgabenstellung. An die Stelle der politischen Erwachsenenbildung trat die sog. Politikberatung. Dabei setzte die Stiftung auch eine andere Vorgehensweise gegenüber den potenziellen Partnern ein. Man ging über von der Nachfrage- zur Angebotspolitik, indem den Partnern vonseiten der Stiftung das Spektrum der möglichen Dienstleistungen und Hilfestellungen dargelegt wurde. Die künftige Arbeit der Stiftung konzentrierte sich zu wesentlichen Teilen auf die Beratung von Politikern und Funktionären und die Ausbildung von Kommunalpolitikern.⁵²

Als Beispiel für ein besonders intensives Engagement sei an dieser Stelle Nicaragua nach dem Sturz der Somoza-Diktatur 1979 genannt. Um einen Rückfall in rechtsautoritäre Strukturen einerseits und ein Abdriften ins kommunistische, von Kuba beeinflusste Fahr-

49 Vgl. von zur Mühlen, S. 149 ff.

50 Volker Vinnai, Demokratieförderung in Afrika. Die Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung mit politischen Parteien und Befreiungsbewegungen, 1965–1990, Münster 2007, S. 57.

51 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Internationale Gewerkschaftsförderung, Bonn 1987, S. 6–8.

52 Vinnai, S. 51 ff.

wasser andererseits verhindern zu helfen, arbeitete die Stiftung hier mit gemäßigten Sandinisten zusammen. Die Stiftung lud Parlamentarier, Gewerkschafter, Parteifunktionäre, Journalisten und andere Multiplikatoren zu Lehrgängen ein, die vor Ort oder im FES-eigenen Bildungszentrum im benachbarten Costa Rica abgehalten wurden. Verschiedene Delegationen wurden auch in die Bundesrepublik eingeladen, um moderne und demokratische Formen von Staat, Wirtschaft, Verwaltung und Justiz kennenzulernen. Vertreter des Obersten Gerichtshofs von Nicaragua informierten sich in der Bundesrepublik über den Aufbau einer unabhängigen Justiz sowie über einen modernen Strafvollzug. Weitere Themen, bei denen die Stiftung beratend mitwirkte, waren der Aufbau einer Sozialversicherung, die Alphabetisierungskampagne des Erziehungsministeriums und Hilfe bei der Lösung von Problemen des Hochschulwesens.⁵³

Die Dezentralisierung der Verwaltung war ein Thema, das die Stiftung auch mit anderen Ländern in Form gemeinsamer Projekte thematisierte. In vielen Entwicklungsländern bildete die Staatsverwaltung einen Wasserkopf, der in spezifischer Weise mit der Unterentwicklung des jeweiligen Landes kontrastierte. Hier stellten föderative Strukturen des Staatsaufbaus eine Alternative dar, ebenso die Verlagerung von Verwaltungs-, Lenkungs- und Entscheidungsprozessen auf eine mittlere Ebene zwischen Regierung und Bevölkerung. In diesen Fragen beriet die Friedrich-Ebert-Stiftung beispielsweise die namibische Befreiungsbewegung (und spätere Regierungspartei) SWAPO, in Südafrika den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) sowie nach dem Ende der Apartheid dessen Verfassungskommission in der Frage einer territorialen Neugestaltung Südafrikas.⁵⁴

Als neues Themenfeld der Politikberatung entdeckte die Stiftung auch die Förderung des Dialogs zwischen verfeindeten Staaten, Parteien oder Volksgruppen. So vermittelte sie Dialoge zwischen Singhalesen und Tamilen in Sri Lanka, zwischen verfeindeten Parteien im südlichen Afrika oder auch zwischen Staaten, beispielsweise zwischen den Republiken Zentralamerikas über gemeinsame bildungspolitische Projekte.⁵⁵ Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte wurden also in konfliktbelasteten Ländern Diskussionen über Fragen angeregt und gefördert, die das Fernziel einer Aussöhnung verfeindeter Volksgruppen oder Parteien verfolgten.

Schließlich versuchte die Stiftung mehrfach, den Dialog zwischen Parteien in afrikanischen Staaten zu institutionalisieren, so z. B. in dem 1979 in Dakar gegründeten Politischen Informationssystem (POLIS). Beteiligt wurden sozialistische, sozialdemokratische oder jedenfalls reformorientierte Parteien aus Botswana, Kenia, Obervolta (Burkina Faso), Sambia, dem Senegal, Tansania und Uganda. Bei POLIS handelte es sich um ein von der Friedrich-Ebert-Stiftung im senegalesischen Dakar unterhaltenes Büro, das die Kontakte zu den beteiligten Parteien aufrecht hielt und alle zwei Monate in englischer und französischer Sprache einen Nachrichtenbrief herausbrachte. Außerdem wurde mehrmals im Jahr ein Telex-Informationsdienst für politische Führungskräfte herausgegeben. Fachinformationen, Beratungsdienste, kleinere Materialhilfen sowie jährlich drei bis vier gemeinsame Konferenzen ergänzten die Arbeit. Der Nachrichtenbrief, der 1982 eine Auflagenhöhe von 2.800 Exemplaren erreichte, berichtete über die deutsche und europäische Sozialdemokratie, über die Sozialistische Internationale sowie afrikanische Länder, Regierungen, Parteien und Politiker. Diese Vernetzung politisch ähnlich gelagerter Parteien löste eine durchaus zustimmende Resonanz aus, jedoch scheiterte das Projekt beim Versuch, es vollständig in afrikanische Hände zu übergeben. Ideologische Differenzen zwi-

53 Friedrich-Ebert-Stiftung, Jahresbericht 1984, S. 89.

54 *Günter Esters*, Verwaltungsförderung aus der Sicht einer politischen Stiftung. Die Friedrich-Ebert-Stiftung, in: *Klaus König*, Die Verwaltungsförderung der Politischen Stiftungen in der Dritten Welt (Verwaltungswissenschaftliche Informationen, Sonderheft 6), Bonn 1983, S. 44–48.

55 Friedrich-Ebert-Stiftung, Jahresbericht 1987, S. 61.

schen den Parteien, Sprachprobleme, mentale Unterschiede zwischen West-, Ost- und Südafrikanern und vor allem die mangelnde Bereitschaft zur anteiligen Kostenübernahme führten 1984 zum Ende dieses ursprünglich hoffnungsvoll angelaufenen Projekts.⁵⁶

Als Äquivalent zur Dezentralisierung ist auch die in den 1970er-Jahren verstärkte Hinwendung der Stiftung zu Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu sehen, also Frauengruppen, Vertretungen ethnischer Minderheiten, Umweltinitiativen usw., von denen wichtige Impulse zur Entwicklung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Impulse erwartet wurden. Mit dieser Ausweitung des Arbeitsgebietes griff die frühere (politische) Erwachsenenbildung immer stärker in die Nachbargebiete Gewerkschaften, Genossenschaften und Medien über und wandelte sich zur Gesellschaftspolitik, deren Grenzen zu diesen dadurch fließender wurden.⁵⁷ Die Profile der einzelnen Fachgebiete verblassten zugunsten einer immer stärker ganzheitlichen, auf komplexe Strukturen hin ausgerichteten Konzeption von Entwicklungspolitik.

Die größten Veränderungen erlebte das dritte Aufgabengebiet der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Förderung des Genossenschaftswesens. Hier hatte die Stiftung höchst unterschiedliche Erfahrungen gesammelt. Einige Projekte waren erfolgreich, andere scheiterten an politischen, wirtschaftlichen und anderen Schwierigkeiten, weil die strukturellen Voraussetzungen, die der Konzeption zugrunde gelegt worden waren, nicht oder nicht ausreichend gegeben waren. Aber auch dort, wo die Genossenschaftsprojekte zunächst prosperierten, führten Eingriffe des Staates dazu, dass sie mehr und mehr verkümmerten. In manchen Ländern der Dritten Welt wurde nach dem Vorbild kommunistischer Staaten ein starker wirtschaftlicher Dirigismus eingeführt, der auch die Genossenschaften gänzelte, ihre Entscheidungsmöglichkeiten einengte und ihre Gewinne zugunsten des Staatshaushaltes abschöpfte, so dass die beteiligten Personen weder aus materiellen Gründen noch aus solchen der Partizipation an einer ordnungsgemäßen Fortführung der Arbeit interessiert waren. In solchen Fällen scheiterte das Projekt, sobald sich die Friedrich-Ebert-Stiftung zurückzog.⁵⁸

Noch eine andere Entwicklung trug dazu bei, dass der Genossenschaftsgedanke zumindest für die Stiftung an Attraktivität und Überzeugungskraft einbüßte. Bereits Ende der 1970er-Jahre war die Gemeinwirtschaft ins Gerede gekommen. In der Bundesrepublik hatte 1982 der Zusammenbruch des gemeinwirtschaftlichen Bauunternehmens Neue Heimat auch die Entwicklungspolitik in dem Sinne beeinflusst, dass man die Gemeinwirtschaft nicht mehr uneingeschränkt als Vorzeigebild für die Dritte Welt ansprechen konnte. Seit Mitte der 1970er-Jahre setzte sich in den zuständigen Fachreferaten der Stiftung die Überzeugung durch, dass die Zielvorgaben geändert werden mussten. Die Genossenschaften als sog. Basisorganisationen waren für sich zu schwach, um sich gegen die dominanten Strukturen des Staates und der Wirtschaft durchzusetzen. Zwar wurden in auslaufenden Projekten Genossenschaften noch weiter gefördert und in Einzelfällen auch neue begonnen, jedoch beanspruchten sie zu Beginn der 1990er-Jahre nur noch 20 Prozent der für dieses Arbeitsgebiet aufgewandten Projektmittel. Der Schwerpunkt der Arbeit verlagerte sich auf andere Bereiche.

Der Paradigmenwechsel auf diesem Arbeitsgebiet zeigte sich auch in der Umbenennung der zuständigen Fachreferate der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der ursprüngliche Name »Genossenschaften« wurde mehrfach geändert in: »Ländliche Entwicklung und Genossenschaften« (1972), »Genossenschaften und Wirtschaftsförderung« (1985) und »Wirtschafts- und Sozialentwicklung« (1990).⁵⁹ Diese Namensänderungen signalisierten neue Fragestellungen, die durch den in der Fachwelt geprägten Begriff der »Deoffizialisierung«

56 Vinnai, S. 67 ff.

57 Vg. von zur Mühlen, S. 156 ff.

58 Zu Beispielen vgl. von zur Mühlen, S. 161.

59 Ebd., S. 78 f., 162.

gekennzeichnet wurde. Gemeint war damit die Stärkung der mittleren Ebene (»Meso-Ebene«) zwischen der dominanten Staatsverwaltung und den Basisorganisationen, zu denen die Genossenschaften gerechnet wurden. Ansprechpartner waren hier also solche Organisationen und Institutionen, die eine wirtschaftliche Interessenvertretung für ihre Mitglieder mit fachlicher Kompetenz und einem Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse verbinden konnten. Charakteristische Partner waren hier Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Genossenschafts- und Kleinbauernverbände sowie staatliche Institutionen und Entwicklungsgesellschaften.⁶⁰

Ein markantes Beispiel für diese neue entwicklungspolitische Konzeption war die Förderung neuer Vertriebs- und Vermarktungsstrukturen in Nord-Sumatra. Kleinbäuerliche Produzenten und auch Genossenschaften waren in starkem Maße abhängig von monopolartigen Landhandelssyndikaten, die wesentlich Produktionsbedingungen, Aufkaufpreise und Kreditvergabe bestimmten. Auf Anregung indonesischer Partnerorganisationen sowie des Genossenschaftsministeriums in Jakarta initiierte die Stiftung 1983 ein Pilotprojekt, dessen Name PASKOP in der indonesischen Abkürzung so viel wie »Genossenschaftliches Vermarktungsprojekt« bedeutete, mit dem den Bauern feste Abnahmepreise, allerdings in Verbindung mit bestimmten Qualitätsstandards, garantiert werden sollten. Die Vermarktungsgenossenschaft zahlte dafür einen realen Preis und übernahm zugleich das Risiko der Vermarktung. Die erste Testphase (1984–1986) zeigte ernüchternde Resultate. Die politisch einflussreichen Landhandelssyndikate arbeiteten gegen dieses Projekt. Sie nutzten den chronischen Geldmangel der Bauern und boten ihnen gegen Barbezahlung den vorzeitigen Aufkauf der Ernte an, allerdings erheblich unter dem späteren Marktpreis. Dadurch wurden die Bauern an die Landhandelssyndikate gebunden und davon abgehalten, sich an der Vermarktungsgenossenschaft zu beteiligen.⁶¹ In einer zweiten Testphase, die bis 1989 lief, konnte dann insofern ein gewisser Erfolg verbucht werden, als die Vermarktungsgenossenschaft sich auf den Ankauf von speziellen Produkten für den Export konzentrierte, an denen die Landhandelssyndikate weniger interessiert waren.

Ein weiteres Projektfeld, das zumindest in einem weiteren Sinne als Folge des beschriebenen Paradigmenwechsels anzusehen ist, erstreckte sich auf das Gebiet der Kleinkredite. Es hatte sich in vielen Ländern der Dritten Welt herausgestellt, dass der Zugang zu Kapital für kleine Handwerker und Landwirte schwierig war. Banken gewährten ihnen wegen mangelnder Sicherheiten höchst ungern Kredite. Seit Mitte der 1980er-Jahre reiften in der internationalen Entwicklungspolitik Konzeptionen von Kreditgarantiegemeinschaften oder Finanzierungsfonds, mit denen nicht nur die wirtschaftliche Lage benachteiligter Bevölkerungsgruppen verbessert, sondern auch Unternehmen, Verbände und Genossenschaften von der Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen befreit werden sollten. Die Tatsache, dass auch das BMZ sich dieser neuen Richtung der Entwicklungspolitik anschloss und hierfür größere Summen zur Verfügung stellte, erleichterte die Arbeit.⁶²

Ein erstes Pilotprojekt war bereits in Kenia durchgeführt worden. Dort erhielten Kleinhändler einen zinslosen Kredit über umgerechnet 2.000 DM mit einer Laufzeit von acht Jahren. Sie schlossen sich zu einer Kreditgarantiegemeinschaft zusammen und zahlten jährlich einen festgelegten Betrag ein. Die Friedrich-Ebert-Stiftung stockte den Gegenwert der angesparten Summe in gleicher Höhe als Darlehen auf, und die Entwick-

60 Ebd., S. 162; *Manfred Bardeleben*, Projekte der Wirtschafts- und Sozialentwicklung im Rahmen der IEZ, in: Referat Wirtschafts- und Sozialentwicklung (Hrsg.), Fachkonferenz Hanoi 19.9.–24.9.1993, Bonn 1993, S. 15. Zur Problematik von »Deoffizialisierung« und »Meso-Ebene« vgl. *Hans F. Illy/Eugen Kaiser/Klaus Schimitzek*, Verwaltungsinstitutionen und Selbsthilfemaßnahmen in Entwicklungsländern. Problemaufriß, Fallstudien, Ansatzpunkte für die entwicklungspolitische Förderung, München 1988.

61 Friedrich-Ebert-Stiftung, Jahresbericht 1986, S. 78–84.

62 Friedrich-Ebert-Stiftung, Jahresbericht 1985, S. 69 f.

lungsbank *Small Enterprises Finance Company* stockte diese Summe wiederum so weit auf, dass sie verfünffacht wurde und die erforderliche Höhe für einen künftigen Bürgerschaftsfonds erreichte. Die Stiftung übernahm als Starthilfe für die ersten vier Jahre die Gemeinschaftskosten, danach sollten sie sich aus den Zinserträgen refinanzieren.⁶³ – Bereits zwei Jahre nach Projektbeginn bildeten sich in Kenia fünf weitere Kreditgarantiegemeinschaften.

Diese Erfolge bewogen die Stiftung, ähnliche Projekte in Mosambik, Sambia, Tansania, Simbabwe, Botswana, Ägypten, Honduras, Chile und den Philippinen durchzuführen. Als Beispiel sei hier das in dem von Bürgerkriegen noch stark geschädigten Mosambik näher vorgestellt. Gemeinsam mit der einheimischen Volksbank für Entwicklung (*Banco Popular de Desenvolvimento*, BPD) wurde eine Entwicklungsgesellschaft (GAPI, Lda) gegründet, die bis 1992 insgesamt 109 derartiger Projekte durchführte. Dazu gehörten im Wesentlichen Getreidemöhlen, Ölpresen (für Seifenfabriken), Tischlereien und Schreinereien sowie Ziegeleien. Acht Betriebe wurden durch Einwirkungen des noch anhaltenden Bürgerkrieges zerstört, vier weitere scheiterten aus anderen Gründen; aber immerhin konnten 97 florierende Kleinunternehmen mit zusammen 820 Arbeitsplätzen geschaffen werden, die überdies Impulse für einen im Entstehen begriffenen Binnenmarkt gaben. Die Entwicklungsgesellschaft GAPI, Lda ist inzwischen in die Eigenverantwortung der beteiligten Partner übergegangen.⁶⁴

Beispiele für revolvierende Kreditfonds in Verbindung mit genossenschaftlich betriebenen ländlichen Beratungs- und Informationsdiensten für Anbaumethoden, Organisationsfragen, Management und Finanzierung wurden auch in Lateinamerika durchgeführt, so in Chile, Costa Rica, Honduras und Mexiko; auf die für diese Zwecke gegründeten Organisationen und ihr Wirken sei hier nur hingewiesen.⁶⁵ Kleinkredite als Mittel der Entwicklungspolitik waren und sind inzwischen im internationalen Diskurs als nachhaltige Instrumente der Sozial- und Wirtschaftsförderung anerkannt. Dies belegt auch die Tatsache, dass Muhammad Yunus aus Bangladesch für seine *Grameen Bank*, die seit Jahren auf diesem Gebiet aktiv ist, im Jahre 2006 den Friedensnobelpreis erhielt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung lag mit ihrem Paradigmenwechsel voll im Trend der internationalen Entwicklungspolitik.

Verstärkt wurde die Arbeit auch in der Frauenförderung. Zwar hatte die Stiftung bereits in den frühen 1960er-Jahren Frauengenossenschaften in Madagaskar gefördert. Aber seit Beginn der 1980er-Jahre und intensiv seit 1983 konzentrierte sie sich auf frauenspezifische Projekte. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre gab es 20 solcher Initiativen, in der Regel Projekte zur Beratung und Unterstützung von Frauengruppen und -kollektiven. Die von der Stiftung mitgetragene Entwicklungsorganisation *Consultoría Agro-Económica* in Costa Rica beispielsweise beriet zwei Frauen-Kaffeegenossenschaften. Andere Projektunternehmen berieten Kredit- und Sparzusammenschlüsse, kleinindustrielle, handwerkliche und landwirtschaftliche Genossenschaften in Guatemala, Tansania oder Mosambik.⁶⁶

63 Ebd., S. 70–72.

64 *Wolfgang Lange*, Zweckmäßigkeit der Förderung von Kleinunternehmen in Moçambique. Unter Berücksichtigung der speziellen Möglichkeiten der Gesellschaften zur Förderung von Kleininvestitionen (GAPI, Lda), Berlin 1993, S. 7–13.

65 Central para el desarrollo y la participación social (CEDEPAS), Guía de investigación campesina para la acción »Autodiagnóstico«, México D.F.; Comité Gestor del Sector Social de la Economía/Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Inventario nacional del sector social, Tegucigalpa 1985; dies. (Hrsg.), Diagnóstico de las empresas de interés social, Tegucigalpa 1985.

66 *Margareth Hammer*, Bestandsaufnahme der Frauenförderung in Projekten des Referates Genossenschaften und Wirtschaftsförderung der FES, [Gutachten] o. O., 1988, S. 7f.

Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa endete auch der »Wettlauf der Systeme« um das erfolgreichere Wirtschaftssystem. Auch solche Entwicklungsländer, die sich einen Staatssozialismus zum Vorbild genommen hatten, schwenkten um und ließen neben einem politischen Parteienpluralismus auch privatwirtschaftliche Initiativen zu. Damit entstand aber auch ein Bedarf an Beratung von Regierungen in Fragen der sozialen Sicherungssysteme, von Verbänden und anderen Organisationen, die bereits von der Gesellschaftspolitik betreut wurden. Es wurde bereits angedeutet, dass sich unter diesem Begriff die entwicklungspolitischen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung immer mehr überlappten. Dies spürte das frühere Genossenschaftsreferat, das spätere Referat für Wirtschafts- und Sozialentwicklung, wahrscheinlich am allerstärksten.

Das vierte entwicklungspolitische Arbeitsgebiet der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Medienarbeit, erlebte gleichfalls starke Veränderungen, die gewisse Parallelen zu denen der anderen Arbeitsgebiete aufwiesen. Die frühe Medienarbeit hatte sich dem technischen und organisatorischen Aufbau von Hörfunk- und später auch von Fernsehsendern zugewandt. Aber auch sie vollzog eine Abkehr von diesen Aufgaben. Als eher zweitrangiger Grund hierfür kann gelten, dass viele Entwicklungsländer diese primären Aufgaben sehr rasch selbst erledigen konnten. Einen starken Impuls zum Paradigmenwechsel der Medienarbeit gab vielmehr der Gedanke einer zwischenstaatlichen, überregionalen Zusammenarbeit benachbarter Länder in Fragen gemeinsamen Interesses. Bereits im Zeitraum 1969/71 hatte die Stiftung zusammen mit zwölf südostasiatischen Staaten als gemeinsame Institution das *Asian Mass Communication Research and Information Center* (AMIC) in Singapur gegründet, das sich auf die Sammlung, Aufbereitung und Weitergabe von Materialien der Massenmedien Asiens spezialisierte. Etwa im gleichen Zeitraum initiierte die Stiftung eine weitere überstaatliche Institution, das *Center for Production & Training for Adult Education Television* (CEPTA-TV), zu dessen Aufgaben vor allem Herstellung und Vertrieb von Erwachsenenbildungsprogrammen im Fernsehen und die Ausbildung entsprechender Fachleute gehörten. Dieses Projekt scheiterte zwar recht bald als zwischenstaatliche Institution, arbeitete jedoch anschließend mit Erfolg als nationale Institution der Republik Singapur.⁶⁷ Aber die entwicklungspolitische Medienarbeit der Stiftung hatte damit ein Feld betreten, das fortan ihren weiteren Kurs bestimmen sollte – die medienpolitische Zusammenarbeit von Entwicklungsländern.

So arbeitete die Stiftung seit 1972 und erneut seit 1976 gemeinsam mit dem 1959 von der UNESCO und der Republik Ecuador gegründeten *Centro Internacional de Estudios Superiores de Periodismo para América Latina* (CIESPAL) in Quito. Schwerpunkt der Arbeit war eine Medienakademie, die für etwa 200 Kommunikationsschulen Curriculumplanung, Fortbildungshilfe und technische Ausbildungsgänge entwickelte. Als der Projektauftrag 1988 auslief, konnte die Stiftung es vollständig an die Partnerorganisation übergeben, die es nun in Zusammenarbeit mit der UNESCO und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) selbständig weiter betreibt.⁶⁸

Neben einer Reihe von weiteren medienpolitischen Projekten, die hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden sollen, verlagerte die Stiftung ihre Arbeit in den 1980er-Jahren immer stärker auf die Förderung von Netzwerken und Medienverbundsystemen (in der Fachsprache ComNet genannt), für die die Eurovision als Vorbild angesehen wurde. Durch Zusammenarbeit und Austausch sollten Länder der Dritten Welt befähigt werden, sich von der nach wie vor bestehenden Mediendominanz der westlichen Welt und vor allem der früheren Kolonialmächte zu emanzipieren. Verbunden damit war auch die Erwartung, dass dadurch auch der Blickwinkel aus den einzelnen Ländern sich mehr den

67 Ralf Siepmann, *Medien entwickeln in der Dritten Welt. Beispiele aus der Praxis*, Bonn 1990, S. 26–29; Friedrich-Ebert-Stiftung, *Jahresbericht 1972*, S. 67; Gunter Lehrke, *Medienförderung als Teil der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit*, Bonn 1994.

68 Siepmann, S. 71; vgl. auch von zur Mühlen, S. 175.

benachbarten Regionen zu- und von den europäischen und nordamerikanischen Metropolen abwenden und so eine kulturelle Selbstfindung erleichtern würde. Schon 1978 hatte die UNESCO eine Deklaration verabschiedet, nach der die medienpolitische Abhängigkeit von den Industrieländern als Teil der Unterentwicklung der Dritten Welt betrachtet wurde.⁶⁹

Gemeinsam mit regionalen Organisationen schuf die Stiftung Netzwerke nach dem Vorbild von Eurovision: mit der *Arab States Broadcasting Union* (ASBU) in Kairo das Nachrichtenaustauschprogramm Arabvision, mit der *Asia-Pacific Broadcasting Union* (APBU) Asiavision und mit den entsprechenden Organisationen in Afrika, in der Karibik und im Pazifik vergleichbare Austauschprogramme wie Afro-Vision, Carib-Vision und PACBROAD. Nur in Lateinamerika scheiterte Latin-Vision an den stark von nordamerikanischen Sendern dominierten Medienstrukturen. Anfang der 1990er-Jahre waren diese Projekte weitgehend abgeschlossen oder wenigstens soweit entwickelt worden, dass sie nach und nach in die Eigenregie der beteiligten Länder übergeben werden konnten. Heute haben die Medienverbundsysteme infolge der technischen Entwicklung ihre Bedeutung verloren, da über das Internet Sendeprogramme aus aller Welt konsumiert werden können. Aber für fast zwei Jahrzehnte konnte die Stiftung dazu beitragen, dass Entwicklungsländer auf der Ebene der Kommunikation einen Weg zu sich selber ebnen konnten.⁷⁰

Zwar dehnte die Stiftung nach den historischen Zäsuren von 1989/91 ihr medienpolitisches Engagement auch auf Osteuropa und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion aus, jedoch mit geringeren Mitteln. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre sah die Stiftung diesen Arbeitsbereich ohnehin als weitgehend abgeschlossen an. Teilweise geschah dies aus der erfreulichen Erkenntnis, dass viele Projekte in der Eigenregie der Partner auch ohne fremde Hilfe fortgesetzt wurden; teilweise sah man die Medienpolitik nicht mehr als Kernbereich der Stiftungsaufgaben an. Soweit vereinzelte auslaufende Medienprojekte noch betreut wurden, betrachtete man sie als speziellen Teil der Gesellschaftspolitik, in der ja auch die meisten anderen entwicklungspolitischen Arbeitsgebiete aufgegangen waren.

Der Paradigmenwechsel machte sich schließlich auch in der Organisationsstruktur der Friedrich-Ebert-Stiftung bemerkbar, wobei hier natürlich auch noch andere Faktoren mitwirkten. Das Ende des Ost-West-Konflikts, die deutsche Wiedervereinigung und die Auflösung der Sowjetunion hatten ein vermehrtes Engagement der Stiftung in den neuen Bundesländern sowie in den Staaten Osteuropas zur Folge. Gleichzeitig standen vonseiten des BMZ weniger öffentliche Mittel für entwicklungspolitische Projekte zur Verfügung. Neben diesen eher vordergründigen Ursachen war aber entscheidend, dass die vier Arbeitsgebiete entweder (wie die Medienarbeit) zurücktraten oder sich thematisch so sehr einander annäherten, dass sie sich schließlich unter dem gemeinsamen Begriff »Gesellschaftspolitik« subsumieren ließen. Gewerkschaftsarbeit, politische Bildung, Wirtschaftsförderung und in nachlassendem Umfang auch Medienpolitik erschienen jetzt nur noch als verschiedenartige Aspekte eines übergeordneten größeren Arbeitsbereichs. 1996 zog die Stiftung daraus die Konsequenz und strukturierte ihre für die Entwicklungspolitik zuständige Abteilung (»Internationale Entwicklungszusammenarbeit«) neu. Die alten Fachreferate wurden aufgelöst, die Abteilung nach geografisch-regionalen Arbeitsgebieten neu strukturiert, wobei kleine Arbeitsgruppen die Verbindungen zu speziellen Themenbereichen aufrecht erhielten.⁷¹

69 Vgl. Reinhard Keune, *An International Information Order? A Short Survey on the History and the Present State of a Challenging Concept*, Bonn 1984.

70 Vgl. von zur Mühlen, S. 174–179.

71 Vgl. ebd., S. 168 f.

V. ZUSAMMENFASSUNG

Lässt man die Geschichte der Projekte in der Dritten Welt Revue passieren, so kann man ihren Wandel als eine Art Emanzipationsprozess charakterisieren. In der ersten Phase übertrug die Friedrich-Ebert-Stiftung politische Ansätze aus der Geschichte der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung auf die Entwicklungsländer: Gewerkschaften, (politische) Erwachsenenbildung (Parteiförderung), Genossenschaftswesen und Medien. Man war von der Annahme ausgegangen, dass Gewerkschaften und Parteien, Wirtschaft und Medienlandschaft sich nach einem ähnlichen Muster wie in den Industrieländern entwickeln und demokratische, sozialstaatliche und pluralistische Strukturen mit einem hohen Maß an Partizipation schaffen würden.

Diese Erwartungen wurden zwar nicht überall, aber doch vielfach enttäuscht. Gewerkschaften verkümmerten oder wurden zu bloßen Transmissionsriemen autoritärer Regime, was letztlich auch von den Medien gesagt werden kann. Die Parteien selbst entwickelten sich von Regierungs- zu Staatsparteien und damit sehr oft zu Instrumenten einer charismatischen, aber eben keinesfalls demokratischen Führerfigur. Die Genossenschaften erstickten in den Vorgaben staatlicher Lenkungsorgane. In solchen Fällen zeigte sich die Notwendigkeit, das strukturelle Umfeld der einzelnen Projekte in das Zentrum der Zielplanungen zu rücken.

Damit löste sich die entwicklungspolitische Arbeit von ihren frühen Mustern, die letztlich von einem demokratischen Etatismus ausgegangen waren, und wandte sich stärker der Gesellschaft zu, innerhalb derer die entwicklungspolitische Arbeitsplanung die größten Defizite erkennen zu können glaubte. Für die Gewerkschaften bedeutete dies, dass nicht mehr die Organisationen und die Führungskader im Vordergrund der Projektarbeit standen, sondern Kommunikations- und Dialogformen zwischen Gewerkschaften verschiedener Länder sowie ihre Kontakte zu internationalen Organisationen. Dies stärkte die Stellung der Gewerkschaften innerhalb ihrer Länder und führte teilweise auch zu offeneren, demokratischen Strukturen innerhalb ihrer Apparate. Hinzu kam die Einsicht, dass auch Organisationsformen außerhalb der klassischen Arbeiterbewegung emanzipatorische und partizipatorische Ziele verfolgen können: Bauernverbände, Frauengruppen, Bürgerinitiativen und andere.

Für die Erwachsenenbildung ergab sich die Notwendigkeit, von der Kaderschulung für Regierungs- und Staatsparteien überzugehen zu einer internationalen und interdisziplinären Vernetzung von Parteien, aber auch Befreiungsbewegungen, in Form von institutionalisierten Dialogstrukturen. Auch hier wirkten sich derartige Veränderungen teilweise auf die internen Organisationen aus. Letztlich stellt auch die Politikberatung, die schließlich einen wesentlichen Teil der Projektarbeit ausmachte, nichts anderes dar als eine Art Dialog.

Ähnliches kann auch für die Genossenschaftsarbeit gesagt werden. Durch die Stärkung der sog. Meso-Ebene, also den Ausbau von Interessenverbänden, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern und anderen Organisationen sollten Dialogstrukturen zwischen Staats- und Regierungsebene einerseits und Basisunternehmen hergestellt werden, wo vorher allenfalls ein staatlicher oder regierungsamtlicher Monolog bestimmend war. Schließlich mündete auch die medienpolitische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein in die Förderung von Medienverbänden und -zusammenschlüssen oder doch zumindest von Kooperationsstrukturen, durch die die informationelle Kommunikation gestärkt und erweitert werden sollte.

Die Rolle der politischen Stiftungen ist einmal als die von »Mediatoren in einer entgrenzten Welt« definiert worden.⁷² Für die Friedrich-Ebert-Stiftung gilt dies auch für die

⁷² Ernst Hillebrandt/Uwe Optenhögel, Mediatoren in einer entgrenzten Welt. Zur außenpolitischen Rolle der politischen Stiftungen, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2001, H. 2, S. 165–172.

Arbeit in und mit Industrieländern, wie dies die Kontakte zu osteuropäischen Partnern vor 1989 gezeigt haben. Sie waren hier nicht Gegenstand der Untersuchung. Für die Dritte Welt kann festgestellt werden, dass die Stiftung ihre Projekte im Laufe von über vier Jahrzehnten immer stärker auf Kommunikation und Dialog ausgerichtet und hierbei in der Tat vielfach die Rolle eines Mediators, also eines Vermittlers anstelle der eines Lehrmeisters, angenommen hat. Die wichtige Weichenstellung zugunsten dieser Rollenfindung verlief in den 1970er-Jahren mit der kritischen Prüfung der eigenen Tätigkeit und dem Wandel der offiziellen Ausrichtung der Arbeit seitens des BMZ.

Wenn wir die eingangs gestellte Frage aufgreifen, ob und wie weit die Paradigmenwechsel eine Art Lernprozess darstellen, bei dem Misserfolge eine kritische Bilanzierung der bisher geleisteten Arbeit und notfalls Kurskorrekturen notwendig machten, so kann diese mit Einschränkungen bejaht werden. Diese beziehen sich auf solche Fälle, in denen Entwicklungsprojekte beispielsweise durch unvorhersehbare politische Ereignisse wie Bürgerkriege oder Putsche gewaltsam beendet wurden. Umgekehrt kann man aber sagen, dass der Erfolg neuer Wege der Entwicklungspolitik sehr wohl auch als Folge einer Abkehr von kolonialen Vorstellungen und als Konsequenz eines vertieften Verständnisses der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in den Entwicklungsländern anzusehen ist.